

Context

Das Magazin des KV Schweiz | 23–24/06

Jugend:
Schwierige Stellensuche
nach der Lehre. Seite 15

Venanz Nobel:
Kaufmann zwischen zwei Kulturen.
Seite 20

Verband

Die Erfolge, die Ziele
Seite 5



AZA
CH-8027 Zürich
PP/Journal
Postcode 1

kv schweiz
sec suisse · sic svizzera

«Ich hoffe sehr, dass es im neuen Zentralvorstand mehr als nur eine Frau haben wird»: Mario Fehr.



«Wir wollen mehr Zeit und Geld für Weiterbildung»

Wie der Verband Reformen umsetzt, weshalb die Sozialpartnerschaft mit der Finanzbranche verstärkt werden sollte und was von Frauenquoten zu halten ist: **Mario Fehr**, Präsident des KV Schweiz, über das vergangene und das kommende Jahr.

Interview: Lukas Kistler
Fotos: Marion Nitsch

Context: Seit acht Monaten sind Sie Präsident des KV Schweiz: Was haben Sie für ein Bild vom Verband und von den Sektionen gewonnen?

Mario Fehr: Mich hat sehr beeindruckt, dass ich im Zentralsekretariat und in den Sektionen, die ich inzwischen besucht habe, sehr engagierte und kompetente Leute angetroffen habe. Mein Entscheid, das Verbandspräsidium damals anzunehmen, war absolut richtig. Ich bin ausgesprochen gerne Präsident des KV Schweiz.

Sie haben kürzlich gegenüber Context gesagt, die Erneuerung der Verbandsstrukturen sei notwendig: Welche Reformen peilen Sie an?

Ich sehe vier Bereiche von Reformen: Zum einen müssen wir die Regionalisierung vortreiben. In den letzten Jahren gab es eine Konzentration von anfänglich 90 auf 50 Sektionen. Dieser Prozess wird noch weitergehen müssen. Die Regionalisierung stärkt den Verband und die Mitglieder profitieren von besseren Dienstleistungen. Den zwei-

ten Bereich von Reformen sehe ich in der Verbandsstruktur: Wir werden an der kommenden Delegiertenversammlung im Zentralvorstand mindestens vier Vakanzen neu zu besetzen haben, und diese personelle Erneuerung werden wir auch dazu nutzen, um unser Kommissionswesen unter die Lupe zu nehmen. Es wird nur noch dort Kommissionen geben, wo es diese wirklich braucht. Der dritte Bereich ist die Umsetzung der Sparmassnahmen beim KV Schweiz. Dass diese ohne Leistungsabbau

gelang, ist eine sehr bemerkenswerte Leistung des Zentralsekretariats. Ein vierter Re-formbereich: Wir müssen die Synergien zwischen unseren und anderen KV-Schulen besser nutzen.

Wann werden die Sparmassnahmen greifen?

Bis 2008 werden wir eine ausgeglichene Bilanz präsentieren können. Dieses Jahr können wir immerhin das Budget einhalten. Wir prüfen auch Desinvestitionen. Wir sind beispielsweise daran, die ganze Informatik zu verkaufen und zurückzuziehen. Und für die Woodtli-Schule ist es überlebensnotwendig, dass sie rasch Kooperationen eingeht.

Das Vorschlagsrecht für die Wahlen zum Zentralvorstand liegt bei den Sektionen...

Diejenigen Kandidaturen, von denen ich bisher gehört habe, sind sehr gut. Dies ist höchst ermutigend.

Gibt es Quoten für den Zentralvorstand?

Es müssen beide Geschlechter vertreten sein. Ich hoffe sehr, dass es im neuen ZV mehr als nur eine Frau haben wird. Zum Zweiten muss die Romandie vertreten sein.

Sie haben die Schulen als letzten Reformbereich angesprochen. Nach Ihrer Wahl zum Präsidenten haben Sie gesagt, dass sich die Weiterbildungsinstitute des Verbands konkurrenzieren und dies rasch geändert werden müsse. Was haben Sie bisher unternommen?

Unsere Vision ist eine KV-Schweiz-Bildungs-AG, in der alle KV-Bildungsinstitute dabei sind. Mit der Kooperation zwischen dem Schweizerischen Institut für Betriebsökonomie (SIB) und der Weiterbildungsabteilung der KV Zürich Business School machen wir jetzt einen ersten Schritt. Weitere müssen folgen.

Der Verband schreibt seit 2004 rote Zahlen. Für dieses Jahr ist ein Verlust von einer Million Franken budgetiert. Die Verluste gehen auch auf rückläufige Studierendenzahlen an der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) und am SIB zurück. Wie sieht es dieses Jahr aus?

Wir gehen bei beiden Schulen davon aus, dass sie besser abschneiden werden als budgetiert. Beide Schulen haben äusserst fähige Führungskräfte, die sich sehr darum bemühen, die Zahl der Studierenden wieder zu erhöhen. Allerdings besteht nach wie vor das Problem, dass die hoch subventionierte Fachhochschule Winterthur ein ähnliches Studienfachangebot wie die HWZ hat. In Winterthur kostet ein Student etwa 15 000 Franken pro Jahr, an der HWZ nur etwa 10 000. Bei uns zahlen die Studierenden aber

alles selber, in Winterthur bloss etwa 700 Franken pro Semester. Es gibt also keinen fairen Wettbewerb. Deshalb verhandeln wir jetzt mit dem Kanton Zürich.

Es ist der Auftrag von Bund und Kantonen, Fachhochschulen zu unterstützen.

Der Bund bekam mit den neuen Verfassungsartikeln zur Bildung auch die Kompetenz für die Weiterbildung. Es wird ein Weiterbildungsgesetz geben, und es wird so sein, dass der Bund Qualitätsstandards festlegen wird und die Kantone dann einen fairen Wettbewerb gewährleisten müssen. Der HWZ ging es so lange gut, als sie berufsbegleitende Studien exklusiv anbieten konnte. Dass eine staatliche Schule diese Nische nun auch besetzt und uns unfair konkurrenziert, darf nicht sein.

Öffentliche Hochschulen müssen heute wie Unternehmen agieren und ihre Angebote ausbauen.

Das ist auch richtig so. Aber wenn Sie die Wahl hätten, in der Migros Milch zu kaufen, die hoch subventioniert und damit billig ist, oder im Coop nicht subventionierte Milch, dann gehen Sie sicher nicht in den Coop. Das ist unser Problem. Ich bin für Wettbewerb, aber er soll unter fairen Rahmenbedingungen stattfinden. Es ist eigentlich erstaunlich, wie viele Studierende die HWZ trotz allem hat. Mit anderen Worten: Die Qualität ist dort sehr hoch.

Gibt es Pläne, die Schulen zu veräussern?

Der KV ist seit 1873 in der Aus- und Weiterbildung engagiert und dieses Engagement bei der HWZ und beim SIB ist sehr wichtig, auch für unsere Mitglieder, die sich ja weiterbilden wollen und bei uns dafür Vergünstigungen bekommen. Für andere Anbieter ist es wichtig, Geld zu verdienen, was auch legitim ist, aber für uns ist es primär wichtig, Bildung zu vermitteln. Und wenn wir damit auch noch Geld verdienen können, ist es umso besser.

Bleiben wir bei der Berufsbildung. Während der letzten Session traten Sie in der Nationalratsdebatte über mehr Geld für Bildung, Forschung und Innovation als Präsident des KV Schweiz auf. Weshalb betrifft dieses Geschäft kaufmännisch Tätige?

Es ging um die Verteilung von Mitteln für Bildung, Forschung und Innovation von 2008 bis 2011. Der Bundesrat hat inzwischen beschlossen, jährlich sechs Prozent mehr Geld dafür einzusetzen. Erfreulich ist nicht nur, dass der Bundesrat seinen ursprünglichen Vorschlag nach oben korrigiert hat. Gut ist auch, dass gemäss heute vorliegendem Entwurf die Berufsbildung und die Fachhochschulen deutlich mehr

«Ich glaube schlicht nicht, dass es eine Leistung gibt, die 20 oder 30 Millionen wert ist.»

Mittel bekommen sollen. So kann der Bund endlich seine Verpflichtung erfüllen: Laut Berufsbildungsgesetz soll er sich zu einem Viertel an den Aufwendungen der öffentlichen Hand an der beruflichen Grund- und Weiterbildung beteiligen. Und an den Fachhochschulen kann er die neuen Bereiche Gesundheit, soziale Arbeit und Kunst mitsubventionieren. Aus Sicht des Verbands war die Debatte bis jetzt erfolgreich, allerdings soll man das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er erlegt ist.

Wie geht es weiter?

Die Botschaft des Bundesrats wird Anfang nächstes Jahr verabschiedet und dann wird im Parlament intensiv darüber gefeilscht, wie die Mittel verteilt werden. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diese zusätzlichen Mittel für Berufsbildung und Fachhochschulen zu sichern.

Themawechsel: In der Sonntagabendtalkshow «Sonntalk» auf Tele Züri haben Sie sich kürzlich positiv zur Initiative «gegen die Abzockerei» geäussert. Die Aktiönäre sollen den Verwaltungsrat wählen

und dessen Gehälter bestimmen. Soll die Initiative vom KV Schweiz unterstützt werden?

Ich habe die Initiative persönlich begrüsst. Die Diskussion über Managerlöhne wird so weiter in Gang gehalten. Es gibt allerdings auch Unternehmen, in denen die Lohnschere nicht derart gross ist und die Managerlöhne deutlich unter einer Million Franken liegen. Beispiele sind unsere Sozialpartner Coop und Migros sowie Post und SBB. Andere Unternehmen müssten sich

daran orientieren. Ich glaube schlicht nicht, dass es eine Leistung gibt, die 20 oder 30 Millionen wert ist.

Sollte der KV Schweiz die Initiative unterstützen?

Wir setzen uns primär dafür ein, dass die Angestellten korrekte und gute Löhne bekommen, zum Beispiel in Verhandlungen um Gesamtarbeitsverträge (GAV). Wir haben auch keinen GAV mit Unternehmen, die Managerlöhne in Millionenhöhe zahlen.

Die Anlagestiftung Ethos hat die Vergütungen des Top-Managements der hundert grössten in der Schweiz kotierten Unternehmen untersucht. Sie konnte keinen Zusammenhang zwischen Vergütung und Leistung feststellen.

Löhne in der Grössenordnung von 10 bis 30 Millionen Franken finde ich unethisch. Diese Diskussion gehört aber nicht zu den Kerngeschäften des Verbands. Wir müssen uns mit den Interessen unserer Mitglieder auseinandersetzen. Die Herren Ospel und



Foto: Michèle Limina

«Wir hätten eine unglaubliche Stosskraft»: Michèle Rosenheck, Leiterin Berufsbildungspolitik

«Der kaufmännische Verband wird auf der bildungspolitischen Bühne wieder vermehrt gehört.» Dies ist das wichtigste Fazit, das Michèle Rosenheck nach ihrem ersten Jahr als Leiterin Berufsbildungspolitik ziehen kann. Zu lange habe sich der Verband auf die Bildungsadministration zurückgezogen. Jetzt, wo er sich wieder dazu bekennt, auch gestalterisch mitwirken zu wollen, ist er in vielen Gremien ein gern gesehener Gesprächspartner. «Wir können eine wichtige Brückenfunktion zwischen Arbeitnehmenden und der Wirtschaft wahrnehmen», sagt sie.

Ein wichtiges Ereignis im ablaufenden Jahr war für sie die Fachtagung zur Zukunft der kaufmännischen Berufswelt: Man wisse bereits heute, dass die Automatisierung auch im Büro fortschreiten und ein Teil der Tätigkeiten so in Produktionsprozesse integriert wird, dass gewisse Funktionen an Bedeutung verlieren oder gänzlich ausgelagert werden. «Wie sieht das Berufsbild der Kaufleute in Zukunft aus und was bedeutet das für die Grund- und Weiterbildung? Das sind für unseren Berufsstand sehr wichtige Fragen, und wir sind dabei, in diesem Bereich zu forschen.»

In diesem Zusammenhang wird zurzeit unter Mitbeteiligung des KV Schweiz auch für die kaufmännische Grundbildung eine Auslegung gemacht. Für die Bildungsverordnung, die 2010 überarbeitet sein soll, wird in einem Projekt der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen und des BBT untersucht, welches die künftigen Anforderungen an Kaufleute sein werden.

Unter Federführung des KV Schweiz ist auch ein zukunftsweisender Rahmenlehrplan für die höhere Fachschule für Wirtschaft in Bearbeitung, der laut Michèle Rosenheck die HFW «als wichtiges Element der höheren Berufsbildung stärken wird».

Während der kaufmännische Verband in Bildungsfragen nach aussen massiv zugelegt hat, sieht Michèle Rosenheck intern aber noch einigen Nachholbedarf: «Alle Bildungsanbieter im Umfeld des Verbandes zusammen hätten eine unglaubliche Stosskraft. Wir könnten der wichtigste Anbieter für kaufmännische Bildung sein, doch dieses Bewusstsein fehlt uns im Moment. Noch arbeiten alle für sich allein.» Das sei vor allem deshalb eine verpasste Chance, weil andere Bildungsinstitutionen auf den Markt

getreten sind, die ihre Ziele mit grosser Beharrlichkeit verfolgen.

Viel Arbeit wird in den kommenden Jahren aus dem Bereich Bildungssystematik auf den Verband zukommen. «Die Bildungslandschaft steckt momentan mitten in grossen Umwälzungen. Die Internationalisierung und die Positionierung der Fachhochschulen bringen die berufliche Weiterbildung momentan unter Druck.» Zu Unrecht, wie sie meint: «Verschiedene Länder ohne eigentliche Berufsbildung, dafür mit hohen Akademikerquoten, interessieren sich zusehends für unser Berufsbildungssystem.» Die Schweiz – und mit ihr der kaufmännische Verband – müsse der praxisnahen Berufsbildung daher Sorge tragen. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, sieht sie in einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen Berufs- und akademischer Bildung, für die sie sich in den kommenden Jahren stark machen will. «Heute wählen viele junge Menschen den Weg an die Uni oder eine Fachhochschule, weil sie sich davon bessere Berufsaussichten versprechen.»

Ingo Boltshauser

Vasella sind, so viel ich weiss, keine KV-Mitglieder.

Der KV Schweiz hat mit den Banken und Versicherungen wenig verbindliche Vereinbarungen. Halten Sie den Ausbau der Sozialpartnerschaft in diesen Branchen für wünschbar?

Banken und Versicherungen sind wichtige Arbeitgeber, und eine verstärkte Sozialpartnerschaft mit ihnen wäre sehr wünschenswert. Wir werden weiterhin versu-

chen, in diesen Branchen darauf hinzuwirken.

Wie könnte man sich als Arbeitnehmerverband für die Unternehmen unentbehrlich machen?

Ich war kürzlich als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats bei der UNO in New York. Es gibt – von Kofi Annan initiiert – die Idee des Global Compact, wonach Unternehmen sich freiwillig auf soziale und ökologische Standards ver-

pflichten. Ich glaube, dass der Global Compact auch bei Schweizer Unternehmen Anklang findet. Die grossen Banken und Versicherungen fahren besser, wenn sie sich als verlässliche Sozialpartner zeigen und mit Partnern wie dem KV Schweiz zusammenarbeiten.

Steht die Abzocker-Debatte nicht im Kontext eines gesellschaftspolitischen Umbaus, wonach die Reichen reicher und die Armen ärmer werden?



**«Widerstand gegen die Null-Lösung bei der AHV»:
Hansueli Schütz, volkswirtschaftlicher Berater**

Erfreulich am vergangenen Jahr findet Hansueli Schütz, dass sich die Wirtschaft erholt hat und wieder Bewegung in den Arbeitsmarkt gekommen ist. «Davon profitieren sicher viele von unseren Mitgliedern.» Die positive Entwicklung wirke sich auch auf die Politik aus und ermögliche wieder mehr Spielraum für sozialpolitische Vorlagen. Als erfolgreiches Engagement bezeichnet Schütz, dass der KV Schweiz zusammen mit weiteren Arbeitnehmerorganisationen bei der Konjunkturforschungsstelle KOF eine Studie zum Service public in Auftrag gegeben hat. «Die Studie kam zum Schluss, dass sich der Service public positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt.» Dies freut den Volkswirtschaftler umso mehr, als damit fundierte Argumente vorliegen gegen die von gewissen Politikern vertretene Meinung, wonach der Service public nichts weiter als zum Fenster hinausgeworfenes Geld sei.

Gegenüber der 5. IV-Revision hat Schütz einige Vorbehalte. Als positiv erachtet er, dass die Betroffenen weniger als früher zwischen den einzelnen Organisationen herumgeschoben werden, sondern dass die Institutionen vermehrt zusammenarbeiten. Dies scheine ihm

eine gute Entwicklung zu sein, ansonsten aber gebe es bei der IV selber gewisse Verschärfungen, und die Mitwirkung der Arbeitgeber sei ungenügend. Bedauerlich findet Schütz, dass keine Lösung gefunden wurde, um das Finanzloch zu stopfen. «Die finanziellen Probleme der IV hängen auch damit zusammen, dass sich seit den 90er-Jahren viele Firmen ihrer älteren Mitarbeitenden auch via IV entledigt haben.»

Zwar wird die Beschäftigung von älteren Mitarbeitenden zunehmend thematisiert, doch bis sich ein Mentalitätswandel in der Realität bemerkbar mache, werde noch einige Zeit vergehen, meint Schütz. Die ständig steigende Zahl von Aussteuerungen hält er für alarmierend. «Viele Ältere fallen zwischen dem Ende ihrer Berufsjahre und der Pensionierung in ein finanzielles Loch.» Schütz findet das unwürdig. Eine Lösung sieht er in der Flexibilisierung der AHV. Die 11. AHV-Revision kommt nächstes Jahr ins Parlament. «Wir werden uns gegen die faktische Null-Lösung von Bundesrat Couchepin im Bereich der Flexibilisierung wehren.» Anzustreben sei ein flexibler Altersrücktritt möglichst ohne Rentenkürzung. Flexibilisierung jedoch nicht im Sinne einer generellen Herab-

setzung des Rentenalters, eher als Notnagel für Arbeitnehmende, die zwischen Stuhl und Bank geraten: «Wer ein Leben lang berufstätig war, sollte sich auf anständige Art vom Arbeitsmarkt zurückziehen können.» Es werde immer mehr Leute geben, die über das übliche Rentenalter hinaus berufstätig bleiben wollen, ist Schütz überzeugt, nur: «Zwischen wollen und können gibt es noch eine grosse Diskrepanz.»

Therese Jäggi

Ein Zeichen der Solidarität

☐ Schon bald steht Weihnachten vor der Türe und wir ziehen die Bilanz des vergangenen Jahres. Es brachte ein überraschend hohes Wirtschaftswachstum, grosse Gewinne für die Unternehmen, aber nur eine leicht rückläufige Arbeitslosenzahl. Die Schere zwischen den Top-Einkommen mit Boni und Börsengewinnen und dem Grossteil der Arbeitnehmenden hat sich weiter geöffnet. Und die Zahl der Menschen an der Armutsgrenze ist gar nicht zurückgegangen.

Diese Armut ist in der Schweiz oft wenig sichtbar, weil sich die Betroffenen aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Doch es gibt sie: Erwerbslose, welche im Alter trotz grosser Bemühungen keine Stelle mehr finden, Rentner ohne ausreichende berufliche Vorsorge, kranke Menschen, welche an Ausgaben für Arzt und Pflege verarmen.

Helfen wir all jenen Mitgliedern des Kaufmännischen Verbandes, deren Situation trotz boomender Wirtschaft grau statt rosa ist. Seien wir solidarisch mit jenen, die in für sie «guten Zeiten» mit ihrer Verbandsmitgliedschaft für andere eingestanden sind. Mit Ihrer Spende setzen Sie ein Zeichen der Solidarität: Ein Zeichen der Bereitschaft, Menschen in existenziellen Nöten auf die Weihnachtszeit hin einen finanziellen Zustupf zukommen zu lassen. Und Sie führen eine über 130-jährige Tradition weiter, die nichts an Aktualität eingebüsst hat. Für Ihren Beitrag danke ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen frohe Festtage und ein erfolgreiches und sorgenfreies neues Jahr. **Mario Fehr, Zentralpräsident**

Sozialfonds des KV Schweiz

8002 Zürich

Konto 80-14666-9

Stichwort: Weihnachtssammlung 2006

Selbstverständlich. Deshalb engagieren wir uns ja beispielsweise bei Coop und Migros für Mindestlöhne. Es gehört zu den Aufgaben einer Angestelltenorganisation, den zu grossen Lohnunterschieden entgegenzuwirken.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat an seinem letzten Kongress das Recht zu streiken bekräftigt. Wie steht der KV Schweiz zum Streik?

Streiken bedingt immer auch Streikfähigkeit. Bei den Banken und Versicherungen ist keine Gewerkschaft streikfähig. Der KV Schweiz steht demgegenüber in einer sozialpartnerschaftlichen Tradition. Wir sind erfolgreich, weil wir ein verlässlicher GAV-Partner sind. Ich setze auf die normative Kraft der Vernunft und eine verlässliche Sozialpartnerschaft. Das ist letztlich der bessere Weg, wenn er auch weniger spektakulär als andere sein mag.

Die vom KV Schweiz in Auftrag gegebene Studie FinanzFrau ergab für Frauen in Versicherungen und Banken ungünstige Ergebnisse, zum Beispiel, dass Kadermänner sich häufiger als Kaderfrauen weiterbilden. Wie kann dies verbessert werden?

Ich finde es positiv, dass Expertinnen und Experten der Banken und Versicherungen beratend an der Studie mitwirkten. Dass Angestellte arbeitsmarktfähig bleiben, wird



«Beziehung zwischen Verband und Mitgliedern intensiver nutzen»: Barbara Gisi, Leiterin Angestelltenpolitik

Am 1. April übernahm Barbara Gisi die Leitung der Abteilung Angestelltenpolitik/Gleichstellung/Jugend. Als Highlight ihrer bisherigen Tätigkeit bezeichnet sie den Abschluss des Gesamtarbeitsvertrags mit der Migros. Dieser neue GAV wurde von der Gewerkschaft Unia zwar heftig kritisiert, doch Barbara Gisi lässt sich dadurch nicht beirren. Sie ist überzeugt, dass die Migros zu den fortschrittlichen Arbeitgebern gehört. Das hat sich auch bei den diesjährigen Lohnverhandlungen bestätigt. Die Migros erhöht die Löhne auf den 1. Januar 2007 um 2 bis 2,5 Prozent, bei Coop sind es 2,5 Prozent. «Ich halte das für ein sehr gutes Ergebnis», sagt Barbara Gisi. Im Juni wurde eine vom KV Schweiz in Auftrag gegebene Studie zur Situation von Frauen in Banken und Versicherungen vorgestellt. Diese Studie soll nun nicht einfach ad acta gelegt werden, sondern dient als Grundlage für ein späteres regelmässiges Monitoring zur Überprüfung von Veränderungen. Nicht sehr erfolgreich war der Versuch, bei Swiss Re eine paritätische Kommission ins Leben zu rufen. Swiss Re hat mit der Begründung abgelehnt, sie seien gut genug ausgerüstet, um die mit dem

Stellenabbau verbundenen Probleme selbst zu lösen.

Um besser informiert zu sein, was die Angestellten tatsächlich in ihrem Arbeitsalltag beschäftigt, wünscht sich Barbara Gisi Branchenkommissionen. Und obwohl das ein aufwändiges Projekt ist, glaubt sie, dass man wenigstens eine solche Kommission in der Versicherungsbranche zustande bringen sollte. Warum gerade die Versicherungen? «Weil dort momentan ein Wandel stattfindet und viele KV-spezifische Berufe in dieser Branche vertreten sind.»

2008 wird wiederum der Prix Egalité vergeben, das bedeutet, dass nächstes Jahr mit den Vorbereitungen begonnen wird. Auch abgesehen von diesem Preis möchte Barbara Gisi sich kontinuierlich für Gleichstellung einsetzen, insbesondere für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weitere Anliegen: Der Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase oder die Perspektiven von älteren Arbeitnehmenden. Zu diesem Thema erscheint nächstes Jahr eine Infoschrift. Als wichtigstes Ereignis im Ressort Jugend erwähnt Barbara Gisi die Publikation einer Umfrage zur Situation von Lehrabgängern

und Lehrabgängerinnen, die von jetzt an ebenfalls regelmässig erscheinen soll.

«Am einen Ende des Spektrums beschäftigen uns die jugendlichen Berufseinsteiger und am anderen Ende die älteren Arbeitnehmenden, dazwischen all jene, für die wir uns vor allem via GAV und Vereinbarungen zu den Anstellungsbedingungen einsetzen», fasst Barbara Gisi ihre Tätigkeit zusammen.

«Ein grosses Anliegen ist mir, dass die Beziehung zwischen Verband und Mitglied intensiver genutzt wird, und zwar von beiden Seiten her», so Barbara Gisi. Insbesondere wünscht sie sich, dass die Mitglieder vermehrt mit Fragen, Problemen oder Ideen an den Verband gelangen.

Therese Jäggi



Zur Person

Mario Fehr wurde am 18. März dieses Jahres zum Zentralpräsidenten des KV Schweiz gewählt. Der studierte Jurist und Berufsschullehrer sitzt seit 1994 für die SP im Stadtrat von Adliswil, wo er die Ressorts Jugend, Freizeit,

Sport betreut. In den Nationalrat wurde er 1999 gewählt. Seit drei Jahren ist der 48-Jährige Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats.

immer bedeutender. Auch Arbeitgeber haben ein Interesse daran, gute Mitarbeitende zu finden. Wir werden uns deshalb in GAV- und Lohnverhandlungen zunehmend für Weiterbildungszeit und -finanzierung einsetzen. Und selbstverständlich muss diese Weiterbildung Männern und Frauen gleichermaßen offen stehen.

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen machen im Kader bis zu 30 Prozent aus, und bei Banken und Versicherungen sind die Lohnunterschiede

besonders häufig. Sehen Sie hier einen Handlungsbedarf?

Sicher, wir werden auch hier den Dialog suchen. Wir gehen davon aus, dass diejenigen Unternehmen, die an der Studie mitwirkten, jetzt auch zum Handeln bereit sein sollten. Der KV Schweiz geht mit gutem Beispiel voran: Er macht 2007 ein Lohnscreening, bei dem wir speziell die Frauenlöhne im Verband unter die Lupe nehmen. Immerhin sind wir ein Verband, der mit 51 Prozent eine weibliche Mehrheit hat. Dies hat keine andere Angestelltenorganisation.

Was halten Sie von Geschlechterquoten?

Ein intelligenter Verband bietet Frauen die Möglichkeit an, sich durchzusetzen. Verbandsintern haben wir starke Frauen in guten Positionen, etwa in der Angestelltenpolitik Barbara Gisi und Michèle Rosenheck in der Berufsbildungspolitik. Die beiden zentralen Aktionsfelder des KV Schweiz haben somit Frauen als Aushängeschilder und das tut dem Verband nur gut. Quoten als Ziel, das man sich selber vorgibt, finde ich in Ordnung, nicht aber als stures Schema. ■

ANZEIGE



DAS THEMA "RAUCHEN AM ARBEITSPLATZ" WIRD VIELERORTS HEISS DISKUTIERT.

AUCH IN IHREM UNTERNEHMEN?

ES GIBT MITTLERWEILE LÖSUNGSANSÄTZE, WELCHE DAS ZUSAMMENLEBEN ZWISCHEN NICHTRAUCHERN UND RAUCHERN ERMÖGLICHEN. WIR SIND DER ANSICHT, DASS DIESE ANSÄTZE IN DEN REGLEMENTIERUNGEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN SOLLTEN, UM DIE INTERESSEN VON ALLEN PARTEIEN ZU WAHREN UND DEN GEGENSEITIGEN RESPEKT ZU FÖRDERN.


BRITISH AMERICAN
TOBACCO
SWITZERLAND

EINE INITIATIVE VON BRITISH AMERICAN TOBACCO SWITZERLAND.
FÜR MEHR INFORMATIONEN: WWW.BAT.CH